



HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2023

SIA

Berichts Antrag

**Christiane Böhm (DIE LINKE), Saadet Sönmez (DIE LINKE),
Petra Heimer (DIE LINKE) und Fraktion**
Qualifikationsangebote für (Langzeit-) Arbeitslose

Die LAG Arbeit in Hessen e.V. hat den Arbeitsmarkt-Report Hessen für das erste Quartal 2023 veröffentlicht. Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Zahl der Qualifikationsmaßnahmen deutlich gesunken ist, die Anzahl an Erwerbslosen im SGB II mit Migrationshintergrund zuletzt deutlich gestiegen ist und immer mehr Erwerbslose im SGB II keinen Berufsabschluss haben. Das Risikoprofil der (Langzeit-)Arbeitslosen im SGB II hat sich in qualifikationsspezifischer Hinsicht in den letzten Jahren verschlechtert. Etwa vier von zehn Betroffenen haben keinen Schulabschluss, rund drei Viertel verfügen nicht über eine abgeschlossene (oder anerkannte) Berufsausbildung. Hinzu kommt vermehrt Sprachdefizite durch die größer werdende Relevanz von Ausländerinnen und Ausländern mit jüngerer Zuwanderungsgeschichte innerhalb des Arbeitslosenbestands. Der Bestand an Fördermaßnahmen im SGB II hat sich seit Beginn der Corona-Pandemie trotz seither gestiegener Arbeitslosigkeit im SGB-II-Rechtskreis reduziert. Im Oktober 2022 ist der Bestand gegenüber Oktober 2019 insgesamt um -24,2 % gesunken. Vergleichbare Rückgangsdynamiken lassen sich bei Deutschen (-24,6 %) und Ausländerinnen und Ausländern (-23,6 %) feststellen. Besonders kritisch zu sehen ist die übermäßig starke Reduktion bei Menschen aus den acht Asylherkunftsländern (-34,7 %), da die Zahl der Arbeitslosen im SGB-II-Rechtskreis bei dieser Gruppe zeitgleich um 18 % anstieg. Gleichzeitig gibt es einen hohen Arbeits- und Fachkräftebedarf.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. In welchem Umfang und in Bezug auf welche Gruppen von Arbeitslosen ist eine Reduzierung der Qualifikationsmaßnahmen zu beobachten?
2. Worauf geht die Reduzierung der Angebote für Qualifikationsmaßnahmen zurück?
3. Welche Maßnahmen sind davon besonders betroffen?
4. Was hat das Land Hessen unternommen, um diesem Trend entgegenzuwirken?
5. Welche Entwicklungen bei den Jobcentern sind mit dieser Entwicklung verbunden?
6. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Integrationsquote und der Zuweisung von Mitteln für Qualifikationsmaßnahmen?
7. Welche Personalschlüssel gibt es in hessischen Jobcentern bei den persönlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern, die für die Arbeitsvermittlung zuständig sind?
8. Wie viele persönliche Kontakte (face-to-face) finden im Durchschnitt mit Bürgergeldempfängerinnen und -empfängern statt? Hat sich diese Anzahl in den letzten Jahren verringert, ist sie gleich geblieben oder hat sie sich erhöht?
9. Wie viele Maßnahmen kommen aufgrund mangelnder Teilnahmeanzahl nicht zustande? Welche Gründe hat das?
10. Welche Jobcenter verschieben Mittel aus dem Eingliederungshaushalt in den Verwaltungshaushalt und in welchem Umfang?
11. In welchem Umfang sind Maßnahmen nach SGB II § 16i im letzten Jahr erfolgt?

12. Wie wird die Umsetzung des Bürgergeldes für Integration ab 01.07.2023 geplant?
13. Welche Aufgabe übernimmt hier das Sozialministerium als Fachaufsicht?
14. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, damit wieder mehr Angebote für Qualifikationsmaßnahmen zur Verfügung stehen?
15. Wieso trifft die Kürzung der Qualifikationsmaßnahmen besonders geflüchtete Menschen, obwohl diese stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind?
16. Wie passt dies mit der Forderung nach Integration und dem Bekenntnis zur Förderung derselben (etwa im kürzlich verabschiedeten IntTG) durch die Landesregierung zusammen?
17. Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung als Folge der verringerten Qualifikationsangebote?
18. Was gedenkt die Landesregierung gegen die steigenden Zahlen von Menschen mit Fluchthintergrund im SGB II zu unternehmen?
19. Welche Hindernisse gibt es bei dem Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen für diese Gruppe? Hat dies Folgen für Qualifikationsmaßnahmen und Arbeitsvermittlung?
20. Welche Folgen hat der Rückgang der Maßnahmen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Bildungsträger?
21. Welche Folgen hat der Rückgang der Maßnahmen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die gemeinnützigen Träger von Bildungsmaßnahmen und diejenigen, die Gehälter in Anlehnung an den TVÖD zahlen?
22. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Trägerlandschaft – gerade in Bezug auf die vorherige Frage – zu erhalten?
23. Gibt es Träger von Weiterbildungsmaßnahmen, die institutionell gefördert werden? Wäre dies nach Ansicht der Landesregierung eine Maßnahme, um eine hohe Qualität und Kontinuität bei Bildungsmaßnahmen zu gewährleisten?
24. Welche Initiativen ergreift die Landesregierung zur Ausweitung der Bildungsmaßnahmen für (Langzeit-) Arbeitslose in der Sozialministerkonferenz?
25. Welche Maßnahmen aus dem Wirtschaftsministerium kommen für die genannten Personengruppen infrage? Wie verläuft die Zusammenarbeit in dieser Frage zwischen den beiden Ministerien?

Wiesbaden, 8. Mai 2023

Christiane Böhm
Saadet Sönmez
Petra Heimer

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula